

Industriestandort Deutschland: Zwei Schritte vor, einer zurück

DIHK-Umfrage im Netzwerk Industrie 2017



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Die Auswertung „Industriestandort Deutschland: Zwei Schritte vor, einer zurück“ basiert auf einer Befragung unter Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern („Netzwerk Industrie“) durch 65 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland.

Insgesamt sind in die Auswertung Einschätzungen von 1.587 Unternehmen zur Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland eingegangen. Die Befragung hat zum vierten Mal stattgefunden, nach 2008, 2011 und 2014.

Die Umfrage fand im Mai und Juni 2017 statt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
Bereich Energie, Umwelt, Industrie – Berlin 2017

Herausgeber
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: [http://twitter.com/DIHK_News](https://twitter.com/DIHK_News)

Redaktion

Bereich Energie, Umwelt, Industrie

Dr. Michael Liecke, Dr. Hermann Hühwels

Bildnachweise

www.Thinkstock.de / www.gettyimages.com

Stand

August 2017

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	Seite 4
I. Industriestandort im Unternehmensurteil: Mehr Licht als Schatten	Seite 6
II. Die einzelnen Standortfaktoren im Überblick: Mehr Schatten als Licht	Seite 9
III. Weniger Investitionshemmnisse	Seite 17
IV. Hohes Commitment bei der Digitalisierung	Seite 23
Fragebogen	Seite 26
DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie	Seite 31

Das Wichtigste in Kürze

Themenfeld Standortfaktoren:

- Die Industrieunternehmen bewerten die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer guten „Drei“ (2,9). Sie sind mit der Politik zufriedener als bei der letzten Befragung 2014 (3,3). Dafür sprechen mehrere Gründe: 2014 standen aus Unternehmenssicht vielfach eher belastende Maßnahmen im Raum oder wurden umgesetzt. Derzeit wird dagegen wieder vermehrt über investitionsfreundliche Maßnahmen diskutiert. Gerade in energieintensiven Sparten verbessert sich aktuell die Bewertung gegenüber 2014. Vor drei Jahren standen diese Branchen unter dem Eindruck eines von der EU-Kommission eingeleiteten Beihilfeverfahrens, in dem die Berechtigung der besonderen Ausgleichsregelung hinterfragt wurde. Die sichtlich verbesserte Gesamtnote drückt auch aus, dass die Industriekonjunktur im Sommer 2017 besonders gut ist.
- Die Beurteilung der Unternehmen zu den einzelnen Standortfaktoren hat sich hingegen innerhalb der letzten drei Jahre leicht verschlechtert. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ zu den Faktoren geht etwas stärker ins Negative (von 3,2 auf 3,3). So gibt es spürbare Rückschritte in etlichen Schlüsselbereichen, z. B. mit Blick auf die Breitbandanbindung und Verkehrsinfrastruktur oder die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen. Fortschritte gibt es zwar, zum Beispiel bei den Energiekosten. Freilich dominieren hier die derzeit deutlich niedrigeren Weltmarktpreise für Öl und Gas gegenüber den wachsenden heimischen Belastungen. Auch die Energieversorgungssicherheit und die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern sich im Urteil der Unternehmen.
- Die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der Breitbandanbindung nimmt immer weiter zu. Mit der Schulnote 3,7 verschlechtert sich die Bewertung des Standortfaktors so deutlich wie bei keinem anderen (2014 Note 3,1, 2011 Note 2,5, 2008 Note 2,3). Offenkundig halten die politischen Bemühungen und Zielsetzungen für den Ausbau der Infrastruktur nicht Schritt mit der digitalen Entwicklung in den Unternehmen. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist dies ein ernstes Warnsignal. Aktuelle Entwicklungen wie z. B. Industrie 4.0 erfordern eine leistungsfähige Breitbandanbindung.
- Deutlich schlechter bewerten die Industrieunternehmen auch die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (von 2,7 in der Vorumfrage auf 3,0; 2008 und 2011 sogar noch 2,5). Zum einen erschweren umweltrechtliche Bestimmungen oftmals sinnvolle Lösungen für die gewerbliche Flächennutzung. So nehmen Umfang und Komplexität von Regelungen zu Luftqualität, Anlagensicherheit, Lärm sowie Hochwasser-, Natur- und Artenschutz seit Jahren zu. Neue Standorte müssen in vielen Fällen mit größerem Abstand zu Wohnnutzungen geplant werden. Standorte an Flüssen sind, wenn überhaupt, mit höchsten Auflagen zum Hochwasserschutz belegt. Zum anderen steigt die wachsende Konkurrenz um Flächen aufgrund des boomenden Wohnimmobilienbaus erheblich an.
- Der Standortfaktor Energiekosten bekommt eine der schlechtesten Noten (4,0). Zumindest verbessert sie sich im Vergleich zur Vorumfrage 2014 deutlich um 0,4 Punkte. Für Entspannung sorgen deutlich niedrigere Weltmarktpreise für Öl und Gas. Im Vergleich zum Jahr 2014 hat sich der Ölpreis halbiert und Gas wurde um ein Viertel billiger. Zudem entwickeln sich durch die Einführung der Auktionierung am aktuellen Rand die Gestellungskosten für die Erneuerbaren Energien hierzulande positiv. Trotzdem bleiben die hohen Energiekosten aus Sicht der Wirtschaft nicht nur Konjunkturrisiko für die kommenden Monate, sondern auch ein strukturelles, langfristiges Standortrisiko.
- Die Menschen und ihre Qualifikation sind in den Augen der Industrie eine der Stärken des Standortes (Note: 2,5; Vorumfrage 2014; 2,3), allerdings mit leicht negativer Tendenz. Schulische und universitäre Bildung sowie insbesondere das duale System der Berufsausbildung leisten einen wichtigen Beitrag für eine breite und fundierte Qualifizierung. Insbesondere in größeren Unternehmen (ab 500 Beschäftigte) kommen diese Vorzüge noch deutlicher zum Tragen. Diese Unternehmensgrößenklasse bewertet das Niveau der Fachkräfte als Standortfaktor sogar mit einer 2,2.

Themenfeld Investitionen:

- Knapp die Hälfte der Betriebe sieht strukturelle Hemmnisse am Standort Deutschland, die ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen (46 Prozent). Das bedeutet zwar eine erhebliche Verbesserung zur Umfrage 2014 – hier waren es noch 56 Prozent – für eine Entwarnung ist es jedoch deutlich zu früh. Bemerkenswert ist zudem, dass Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten – also jene, die besonders große Projekte stemmen – deutlich häufiger von strukturellen Hemmnissen berichten (51 Prozent) als die kleineren Betriebe.
- Einer der ganz wenigen Standortfaktoren, die aus Sicht der Betriebe ein größeres Investitionshemmnis als in der Umfrage 2014 sind, ist die Anbindung an breitbandiges Internet. 26 Prozent der Unternehmen würden bei einer verbesserten IT-Infrastruktur mehr investieren, in der Vorumfrage waren es nur 23 Prozent. Unter Berücksichtigung der deutlich verschlechterten Standortnote für die „Breitbandanbindung“ wird damit zweierlei deutlich: Im Vergleich zum Jahr 2014 hat das Thema für die Industriebetriebe – Stichwort Industrie 4.0 – enorm an Relevanz gewonnen und bei Investitionen in Breitbandnetze besteht hierzulande mittlerweile ein enormer Rückstand.
- Spitzenreiter bei den strukturellen Investitionshemmnissen bleiben steuerliche Aspekte – erfreulicherweise zumindest mit rückläufiger Tendenz. So würden 34 Prozent der Unternehmen bei einer Verbesserung des Standortfaktors „Höhe der Steuern und Abgaben“ mehr im Inland investieren – Vorumfrage: 45 Prozent. Diese Einschätzung zeigt sich relativ ähnlich in allen Unternehmensgrößenklassen. Auch eine Verbesserung der Praxistauglichkeit im deutschen Steuerrecht würde zu deutlich mehr Investitionen im Inland führen – immerhin noch 29 Prozent der Betriebe geben dies an (38 Prozent in der Vorumfrage).
- Mit effizienteren Behörden würden gut 27 Prozent der Betriebe zusätzliche Investitionen angehen (Vorumfrage 29) – damit gibt es hier kaum Fortschritte aus Unternehmenssicht. Der große Spielraum für weitere Erleichterungen, der sich durch die Digitalisierung auftut, wird derzeit nicht ausreichend genutzt. Bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren würden im Falle einer Verbesserung sogar 29 Prozent höhere Investitionsbudgets einsetzen (Vorumfrage: 33 Prozent). Planverfahren für Infrastrukturprojekte, aber auch vermeintlich einfache Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben von Unternehmen sind wegen ihrer oft zu langen Verfahrensdauer und der Unklarheit, an welchem Verfahrensschritt sich die Planung gerade befindet, vielfach nicht nachvollziehbar.
- Die Energiekosten bleiben aus Unternehmenssicht vielfach ein Standortnachteil und schlagen auf die Investitionsbereitschaft durch: Gut ein Viertel der Betriebe würde bei einer Verbesserung bei diesem Standortfaktor seine Investitionsbudgets ausweiten (Vorumfrage: 40 Prozent). Überdurchschnittlich hoch liegt der Anteil naturgemäß in energieintensiven Sparten wie Chemie/Pharma (37 Prozent), Gummi/Kunststoff (36 Prozent) oder der Metallerzeugung (32 Prozent). Insgesamt dürfte die deutliche Verbesserung zur Vorumfrage zum größten Teil den niedrigeren Weltmarktpreisen für Öl und Gas geschuldet sein.

Themenfeld Vernetzte Produktion:

- In einer Wirtschaft 4.0 wird die Sicherheit der unternehmenseigenen IT-Infrastruktur zum beherrschenden Faktor. Fast alle Unternehmen nennen die Datensicherheit als wichtig oder sehr wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens. Knapp sieben von zehn Industrieunternehmen halten zudem eine eigene Industrie-4.0-Strategie für wichtig (47 Prozent) oder sehr wichtig (22 Prozent). In der Umfrage 2014 waren dies nur knapp sechs von zehn Betrieben.

1. Wirtschaftspolitik im Unternehmensurteil: Mehr Licht als Schatten

Unter dem Strich: Verbesserung

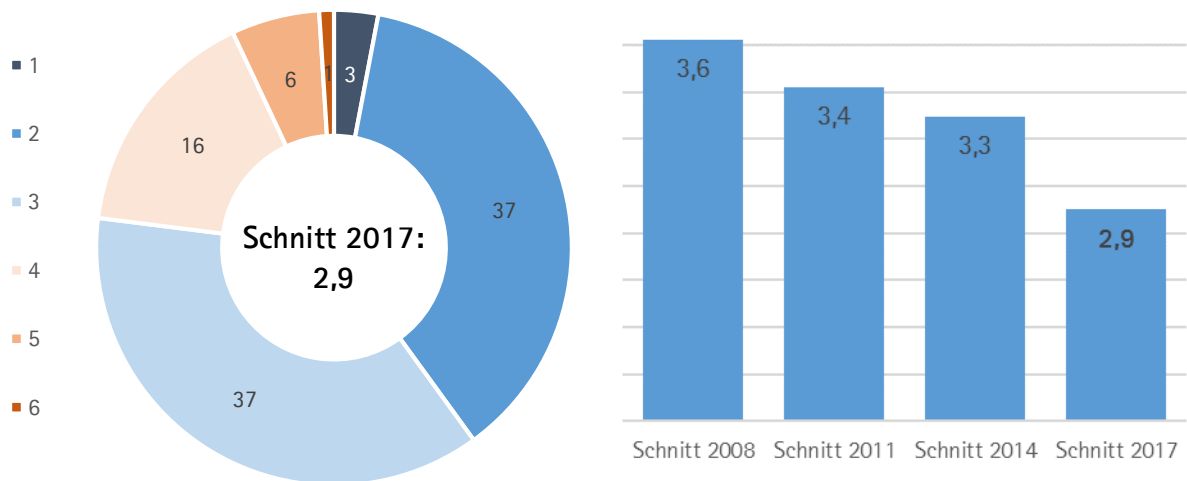
Die Industrieunternehmen bewerten die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer guten „Drei“ (2,9). Sie sind mit der Politik zufriedener als bei der letzten Befragung 2014 (3,3). Für die verbesserte Gesamtbewertung sprechen mehrere Gründe:

- 2014 standen aus Unternehmenssicht vielfach eher belastende Maßnahmen im Raum oder wurden umgesetzt (z. B. Mindestlohn, abschlagsfreie Rente mit 63, etc.). Derzeit wird dagegen aus Unternehmenssicht wieder vermehrt über investitionsfreundliche Maßnahmen wie Steuersenkungen, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung oder mehr Infrastrukturinvestitionen diskutiert.
- Gerade in energieintensiven Sparten verbessert sich aktuell die Bewertung gegenüber 2014. So fallen die Benotung in der Metallerzeugung und -bearbeitung (2,9 nach 3,6), in der Gummi-/Kunststoffindustrie (2,7 nach 3,8) sowie in der Chemie- und Pharmaindustrie (3,2 nach 3,4) deutlich besser aus. Vor drei Jahren standen diese Branchen unter dem Eindruck eines von der EU-Kommission eingeleiteten Beihilfeverfahrens, in dem die Berechtigung der für energieintensive Sparten existentiell wichtigen besonderen Ausgleichsregelung hinterfragt wurde. Neben der Streichung der Sonderregeln stand eine Nachzahlung von Milliardenbeträgen EEG-Umlage im Raum. Inzwischen konnte mit neuen EU-Beihilfeleitlinien und einer Novelle des EEG das Problem im Sinne der Unternehmen gelöst werden.
- Die sichtlich verbesserte Gesamtnote drückt auch aus, dass die Konjunktur im Sommer 2017 besonders gut ist¹. Insgesamt hat die Industrieproduktion seit 2014 deutlich zugelegt.

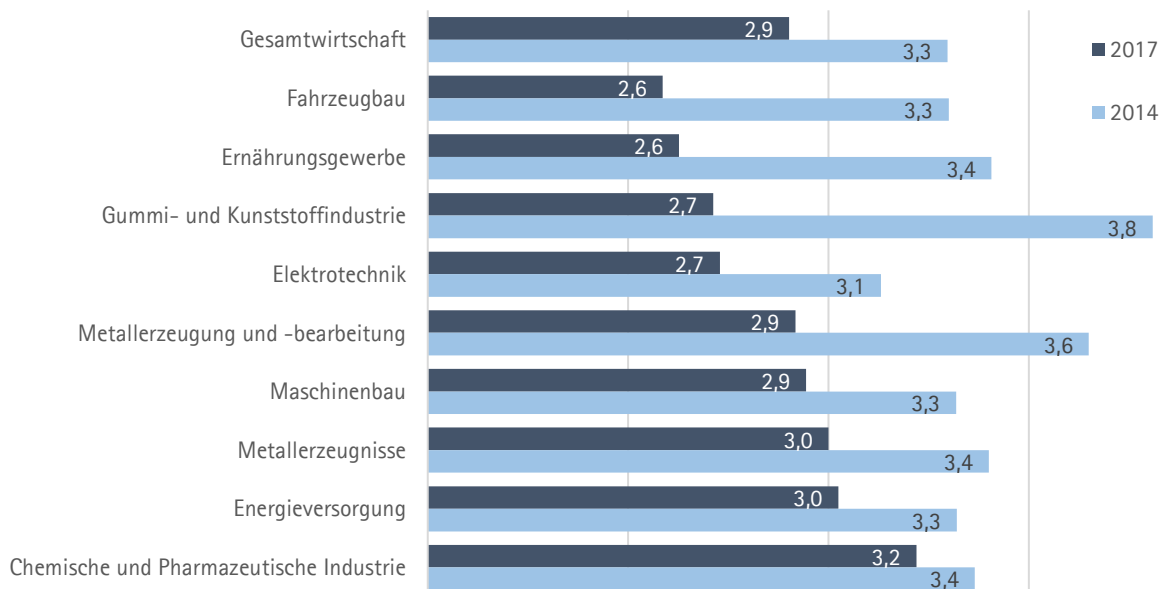
Die erstmals gestellte Ergänzungsfrage, wie die Betriebe die Wirtschaftspolitik der Bundesländer mit Blick auf den Industriestandort beurteilen, zeitigt hingegen ein leicht schlechteres Ergebnis. Die Schulnote liegt hier bei 3,2, also 0,3 Punkte schlechter als für den Bund.

¹ Siehe DIHK (2017): „Starke Konjunktur, Fachkräfte fehlen“ – Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den IHKs, Frühsommer 2017“ Berlin.

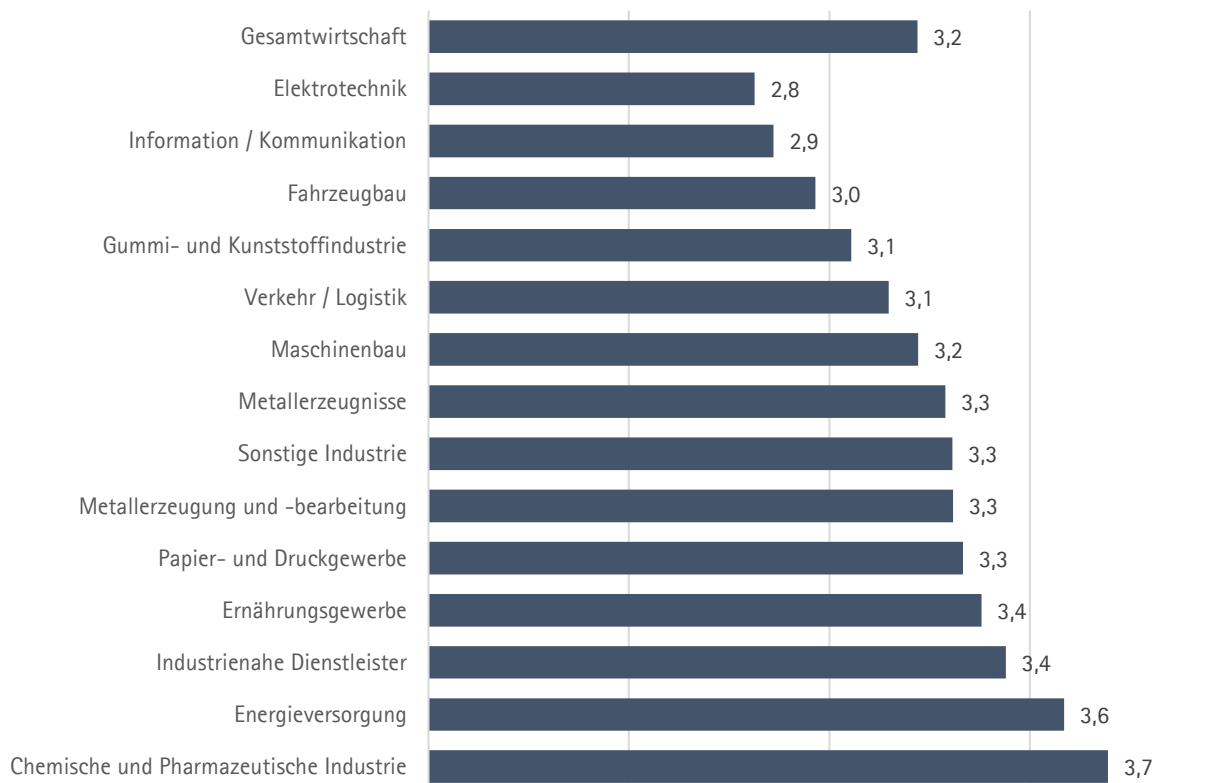
Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?
Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)



Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?
Durchschnitt auf einer Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)



Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik ihrer jeweiligen Landesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?
Durchschnitt auf einer Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)



II. Die einzelnen Standortfaktoren im Überblick: Mehr Schatten als Licht

Verschlechterung in Schlüsselbereichen...

Die Beurteilung der Unternehmen zu den einzelnen Standortfaktoren hat sich hingegen innerhalb der letzten drei Jahre leicht verschlechtert. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ zu den Faktoren geht etwas stärker ins Negative (von 3,2 auf 3,3). So gibt es spürbare Rückschritte in etlichen Schlüsselbereichen, z. B. mit Blick auf die IT- und Verkehrsinfrastruktur oder die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrie-flächen.

Fortschritte gibt es zwar, zum Beispiel bei den Energiekosten. Freilich dominieren hier die derzeit deutlich niedrigeren Weltmarktpreise für Öl und Gas gegenüber den wachsenden heimischen Belastungen. Auch die Energieversorgungssicherheit und die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern sich im Urteil der Unternehmen.

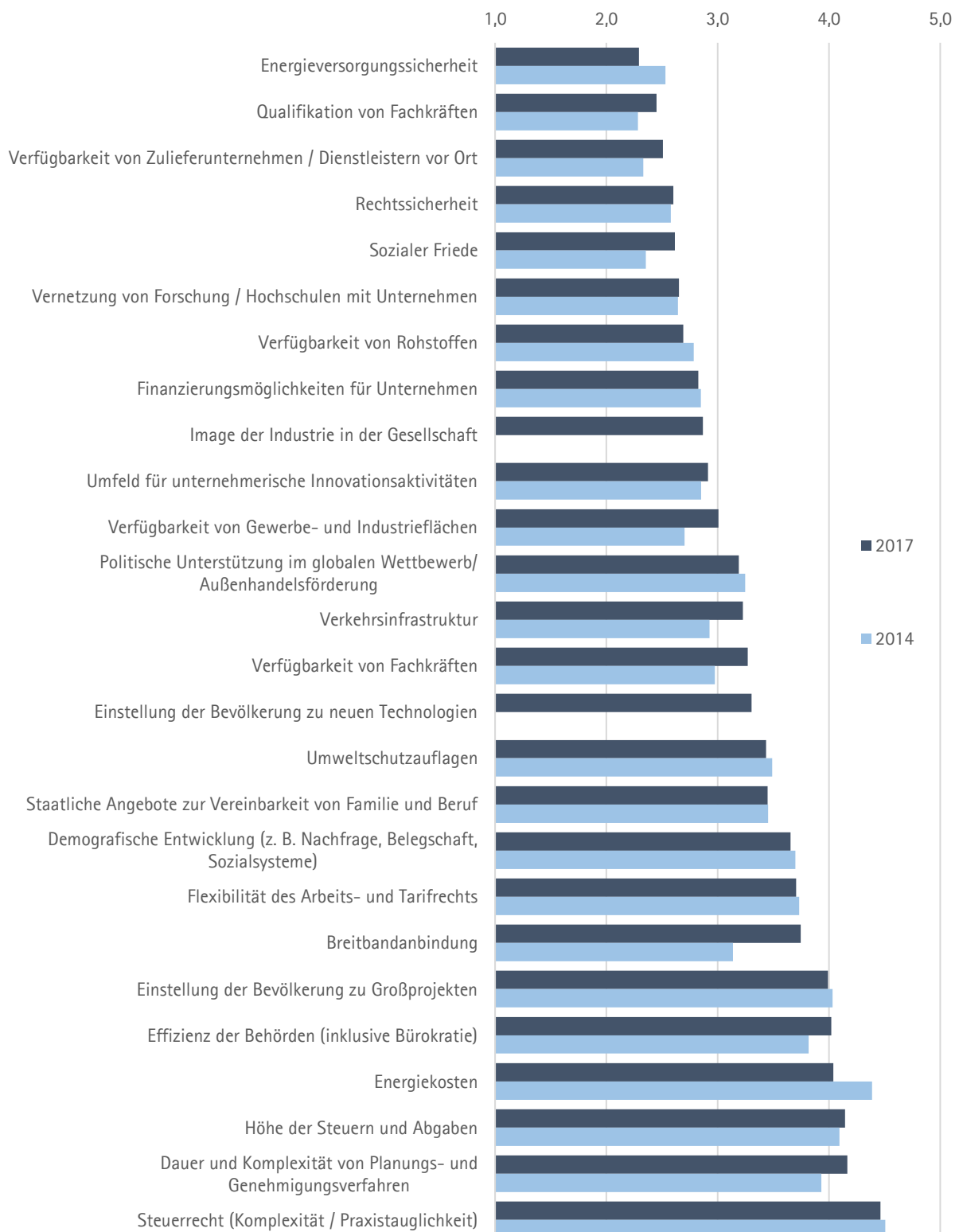
Breitbandanbindung: Enormer Handlungsbedarf

Die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der Breitbandanbindung nimmt immer weiter zu. Mit der Schulnote 3,7 verschlechtert sich die Bewertung des Standortfaktors so deutlich wie bei keinem anderen (2014 Note 3,1, 2011 Note 2,5, 2008 Note 2,3). Offenkundig halten die politischen Bemühungen und Zielsetzungen für den Ausbau der Infrastruktur nicht Schritt mit der digitalen Entwicklung in den Unternehmen. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist dies ein ernstes Warnsignal. Aktuelle Entwicklungen, wie z. B. Industrie 4.0 erfordern eine leistungsfähige Breitbandanbindung. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internet-Anschlüssen versorgt. Hinzu kommen Versorgungslücken in vielen Gewerbegebieten. Dabei handelt es sich nicht um ein branchenspezifisches Problem; die Noten unterscheiden sich kaum in den einzelnen Sparten (Maschinenbau 3,7, Elektrotechnik 3,5, IKT 3,8). Zwar kommt der Breitbandausbau mittlerweile voran, die Fortschritte sind für die Betriebe allerdings offenbar noch nicht überall spürbar. Umso wichtiger ist es, dass nun zeitnah eine politische Übereinkunft über alle Ebenen und Ressorts hinweg auf ein Glasfaser-Infrastrukturziel erfolgt, denn die derzeit sehr unterschiedlichen Ansätze von Bund, Ländern und Kommunen verunsichern Investoren und führen zu Ineffizienzen bei der Regulierung und in der Förderpolitik.

Verkehrsinfrastruktur: Schleichender Rückgang der Leistungsfähigkeit

Mit Just in time-Produktion, zunehmender Arbeitsteilung und der starken internationalen Vernetzung von Standorten hat die Bedeutung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gerade für die Industrie weiter zugenommen. Durch zu geringe Mittel hatte sich in den letzten Jahrzehnten ein enormer Investitionsstau bei Straßen, Bahnstrecken und Brücken aufgebaut. Der Ausbau unter dem Aspekt einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes erfolgte nur unzureichend. In der Konsequenz hatte sich der Zustand des Netzes schrittweise verschlechtert und die Zahl der Engpässe weiter zugenommen. So wundert es nicht, dass sich die Qualität

Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)?



der Verkehrsinfrastruktur aus Unternehmenssicht kontinuierlich reduziert hat, von einer 2,9 im Jahr 2014 auf mittlerweile 3,2 (2011 war die Note sogar noch 2,5). Der Bundesverkehrswegeplan 2030 greift den Aspekt einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes nun endlich auf. Die staatlichen Investitionen in die Verkehrswege des Bundes steigen – und damit auch die Hoffnung auf eine für die Wirtschaft spürbare Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Allerdings müssen nun die Planungskapazitäten bei Straße, Schiene und Wasserstraßen zügig erhöht werden, damit die zusätzlichen Mittel auch zügig verbaut werden können. Offen ist auch, wie der Sanierungsstau bei den Verkehrswegen von Ländern und Kommunen beseitigt werden soll.

Gewerbeflächen: Verfügbarkeit weiter eingeschränkt

Deutlich schlechter bewerten die Industrieunternehmen auch die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (von 2,7 in der Vorumfrage auf 3,0; 2008 und 2011 sogar noch 2,5). Zum einen erschweren umweltrechtliche Bestimmungen oftmals sinnvolle Lösungen für die gewerbliche Flächennutzung. So nehmen Umfang und Komplexität von Regelungen zu Luftqualität, Anlagensicherheit, Lärm sowie Hochwasser-, Natur- und Artenschutz seit Jahren zu. Neue Standorte müssen in vielen Fällen mit größerem Abstand zu Wohnnutzungen geplant werden. Standorte an Flüssen sind, wenn überhaupt, mit höchsten Auflagen zum Hochwasserschutz belegt. Zum anderen steigt die wachsende Konkurrenz um Flächen aufgrund des boomenden Wohnimmobilienbaus erheblich an. So geraten zahlreiche Großstädte und Ballungsräume sowie Küsten- und Universitätsstädte unter Zuwanderungsdruck. Dabei werden auch Agglomerationsnachteile wie Flächenverknappung, Umweltprobleme, Infrastrukturengpässe oder schnell steigende Mieten und (Immobilien-)Preise zunehmend deutlich und können sich nachteilig auf die regionale Wirtschaft auswirken, wenn beispielsweise keine Expansionsflächen mehr für das Gewerbe zur Verfügung stehen. Daraus resultiert in vielen Regionen eine sehr problematische Situation. Aus Sicht der Unternehmen erscheint die Politik vielerorts Bauland für die Entwicklung von Wohngebäuden zu bevorzugen.

Leichte Entspannung bei den Energiekosten

Der Standortfaktor Energiekosten bekommt eine der schlechtesten Noten (4,0). Zumindest verbessert sie sich im Vergleich zur Vorumfrage 2014 deutlich um 0,4 Punkte. Für Entspannung sorgen deutlich niedrigere Weltmarktpreise für Öl und Gas. Im Vergleich zum Jahr 2014 hat sich der Ölpreis halbiert und Gas wurde um ein Viertel billiger. Zudem entwickeln sich durch die Einführung der Auktionierung am aktuellen Rand die Gestellungskosten für die Erneuerbaren Energien hierzulande positiv. Trotzdem bleiben die hohen Energiekosten aus Sicht der Wirtschaft nicht nur Konjunkturrisiko für die kommenden Monate, sondern auch ein strukturelles, langfristiges Standortrisiko. Dabei sind die energieintensiven Branchen, deren Wettbewerbsfähigkeit mittlerweile von politischen Ausnahmeregelungen abhängt, am pessimistischsten bei der Standortbewertung (Gummi- und Kunststoffindustrie, Note 4,5; Chemische und Pharmazeutische Industrie, Note 4,5). Maschinenbau (Note 4,0); Elektrotechnik (Note 3,7) und Ernährungsgewerbe (Note 4,1) sind etwas optimistischer. In 2017 wird allein die EEG-Umlage voraussichtlich eine Kostenbelastung für das Verarbeitende Gewerbe von 6,7 Milliarden Euro verursachen – das ist fast ein Prozent der industriellen Wertschöpfung, Kapital, das für Standortinvestitionen fehlt. Soweit stromintensive Standorte von deutlichen Ab-

schlagen bei EEG-Umlage und anderen Abgaben profitieren, sind diese von der Politik und, weil Beihilfe, vom Segen der EU-Kommission abhängig. Dieser ist bis 2020 erteilt, langfristige Planungssicherheit ist also nicht gegeben.

Den Standortfaktor „Energieversorgungssicherheit“ beurteilen die Unternehmen hingegen weiterhin positiv. Die Betriebe verteilen hier im Schnitt die Note 2,3 (2014: 2,5). Ebenfalls unproblematisch stellt sich derzeit die Verfügbarkeit von Rohstoffen dar. Die Note von 2,7 spiegelt auch eine deutliche Entspannung auf den Weltmärkten in den letzten Jahren wider.

Finanzierungsmöglichkeiten weiter recht gut

Noch positiver als vor drei Jahren schätzen die Industrieunternehmen ihre Finanzierungsmöglichkeiten am Standort ein. Die Note verbessert sich um 0,1 Punkte auf 2,8. Die beständig positive Konjunktorentwicklung und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank der letzten Jahre überlagern die Auswirkungen der verschärften Finanzmarktregulierung, die gerade die für die Industrie so wichtige Langfristfinanzierung künftig aber erschweren könnte. Die unter dem Strich positive Einschätzung dieses Standortfaktors darf nicht über die großen Unterschiede in den Unternehmensgrößenklassen hinwegtäuschen. Größere Unternehmen bewerten die Finanzierungsmöglichkeiten deutlich (Unternehmen über 500 Beschäftigte mit der Note 2,2) besser als kleine (Betriebe bis 50 Mitarbeiter: Note 3,2). Ihr besserer Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet ihnen häufig weiteren Finanzierungsspielraum.

Wenig Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Etwas besser als 2014 beurteilen die Industriebetriebe die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Die Noteneinschätzung verbessert sich von 3,5 auf 3,4. Immerhin zeigt sich damit zum zweiten Mal in Folge ein Fortschritt (Note im Jahr 2011 noch 3,8). Trotz des voranschreitenden Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur in den letzten Jahren bleiben vor allem zu kurze und unflexible Betreuungszeiten für berufstätige Eltern und Unternehmen eine Herausforderung. Darüber hinaus fehlen nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr laut IW Köln rund 300.000 Plätze für unter Dreijährige.

Viele Unternehmen unterstützen ihre Mitarbeiter aktiv bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere durch flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten, organisierte Notfallbetreuung, Arbeiten von unterwegs und zu Hause oder Eltern-Kind-Büros. Darüber hinaus bieten sie Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder richten gar eigene Betreuungsangebote ein.

Um die Beschäftigungspotenziale von Eltern stärker zu entfalten, sollte die Kinderbetreuung insgesamt bedarfsorientiert hin zu flächendeckender Kita-Ganztagsbetreuung ausgebaut werden. Die Kita-Öffnungszeiten – auch in Randzeiten, an Wochenenden und in den Ferien – sollten sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Zudem erschweren fehlende Ganztagschulen und mangelnde Nachmittagsbetreuung Betrieben die Beschäftigung der Eltern von Schulkindern. Sinnvoll wäre daher die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsschulplatz.

Innovationsumfeld weiter befriedigend

Die Bundesregierung stockt seit gut zehn Jahren die öffentlichen Mittel für Forschung und Innovation auf – das kommt auch der Wirtschaft zugute, die zuletzt 62 Milliarden, so viel wie nie zuvor, in eigene Forschung und Entwicklung investiert hat. So wurde letztes Jahr zum ersten Mal das sogenannte Drei-Prozent Ziel² in Deutschland erreicht. Die Unternehmen beurteilen das Umfeld für Innovationsvorhaben abermals nur befriedigend (2,9, keine Veränderung ggü. 2014). Bei größeren Betrieben ab 500 Mitarbeitern liegt die Bewertung allerdings etwas besser (2,7). Vor dem Hintergrund eines insgesamt nachlassenden Innovationsengagements des Mittelstandes und einem verschärften internationalen Innovationswettbewerb sollte die Politik zeitnah die seit längerer Zeit diskutierte Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung angehen, ohne die erfolgreiche Projektförderung einzuschränken. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand hat in den letzten Jahren bei Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wichtige Akzente setzen können, die es perspektivisch zu verstärken gilt. Auch weiterhin steht die Innovationsfähigkeit von KMU der von größeren Unternehmen nach. Oftmals ist es für sie großensbedingt schwieriger, geeignete Fachkräfte zu gewinnen, sich tiefergehender mit einer Innovationsstrategie zu beschäftigen oder Kooperationen mit der Wissenschaft einzugehen. Die Vernetzung der Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen beurteilen die Unternehmen gegenüber der Umfrage 2014 vergleichbar (2,7 nach zuvor 2,6). Größere Betriebe (ab 500 Mitarbeiter) vergeben mit 2,5 eine bessere Note für diesen Standortfaktor.

Die kontinuierliche Realisierung von Innovationspotenzialen, die Trends ermöglichen – etwa die Digitalisierung, der demografische Wandel, künstliche Intelligenz oder ressourceneffizientes Wirtschaften, bleibt eine besondere Herausforderung für die Unternehmen. Mit neuen Innovationsformen und -methoden wie z. B. Open Innovation, einer stärkeren Vernetzung mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft als auch einer effektiven und effizienten staatlichen Innovationsförderung können Unternehmen ihre Innovationsfähigkeit noch weiter ausbauen und stärken.

Gewachsenes Netzwerk vor Ort ist intakt

Mit die beste Standortnote (2,5) vergeben die Betriebe für die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort. Die produktive Verflechtung von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern bildet das Netzwerk Industrie und damit auch eine wichtige Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Die weiterhin gute Bewertung (Vorumfrage 2014: 2,3) unterstreicht den funktionierenden Besatz aus Unternehmen auch mit Blick auf den Internationalisierungskurs der Wirtschaft – regionale Nähe von Zulieferern und Dienstleistern bleibt wichtig. Dieses hohe Gut gerät jedoch in Gefahr, wenn einzelne Glieder der Wertschöpfungskette Schaden nehmen oder verschwinden. So hat z. B. eine Schwächung der energieintensiven Industriesegmente Konsequenzen: Integrierte Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland drohen zu reißen, ein vielfach betonter Wettbewerbsvorteil wird verspielt. Ähnliches gilt, wenn sich durch die Digitalisierung neue Spieler zwischen Kunden und Produzenten setzen und dadurch Renditen abschöpfen. Daher sollte es eine vordringliche Aufgabe der Politik sein, bei

² Mit der Lissabon-Strategie hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Ziel gesetzt, die FuE-Ausgaben bis 2010 auf 3 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesteigert werden. Das 3 Prozent-Ziel wurde dann in die „Strategie Europa 2020“ übernommen, die auf die Lissabon-Strategie folgte.

der Gestaltung der Rahmenbedingungen die Bedeutung dieses Netzwerks im Auge zu behalten.

Qualität der Fachkräfte ist eine fundamentale Stärke

Die Menschen und deren Qualifikation sind in den Augen der Industrie eine der größten Stärken des Standortes (Note: 2,5; Vorumfrage 2014: 2,3) allerdings mit leicht negativer Tendenz. Schulische und universitäre Bildung sowie insbesondere das duale System der Berufsausbildung leisten einen wichtigen Beitrag für eine breite und fundierte Qualifizierung. Insbesondere in größeren Unternehmen (ab 500 Beschäftigte) kommen diese Vorzüge noch deutlicher zum Tragen. Diese Unternehmensgrößenklasse bewertet das Niveau der Fachkräfte als Standortfaktor sogar mit einer 2,2. Über die einzelnen Branchen hinweg zeigen sich kaum Abweichungen in den Einschätzungen der Unternehmen, am zufriedensten ist die Chemische und Pharmazeutische Industrie (Note 2,2), etwas mehr Luft nach oben sieht das Ernährungsgewerbe (2,7).

Fachkräftemangel tritt jedoch immer deutlicher hervor

Deutlich schlechter als die Qualität bewerten die Unternehmen allerdings die Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften (3,3). Eine Vielzahl von Faktoren kommt hier zusammen und wird für viele Betriebe zu einem ernstem, strukturellen Problem – die Note verschlechtert sich um 0,3 Punkte im Vergleich zur Vorumfrage. So wirkt der ungebremste Trend zur Akademisierung belastend. Mit rund 500.000 haben 2016 mehr junge Menschen ein Studium als eine Ausbildung begonnen. Immer mehr Industrieunternehmen suchen händeringend nach Auszubildenden. Insgesamt tun sich größere Betriebe deutlich leichter, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Note für die Verfügbarkeit von Fachkräften liegt mit 3,0 bei Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern deutlich besser.

Insgesamt gilt aber: Im Zuge der demografischen Entwicklung kann die Innovationsfähigkeit der Unternehmen leiden³. So kann mit zunehmendem Alter der Belegschaft der Innovationsoutput von mittelständischen Unternehmen zurückgehen. Dies gilt sowohl für Produkt- als auch für Prozessinnovationen. Zudem könnte in einer alternden Gesellschaft z. B. die Nachfrage nach Innovationen in einigen Bereichen zurückgehen. Auch die Unternehmen sehen hierin eine große Herausforderung. So vergeben Sie mit Blick auf den Standortfaktor Demographie hierzulande eine 3,7 (unverändert zur Umfrage 2014).

Umweltschutzaufgaben bleiben schwierige Aufgabe

Nahezu gleich wie im Jahr 2014 benoten die Industriebetriebe den Standortfaktor Umweltschutzaufgaben (3,4, Vorumfrage 3,5). Die Anforderungen an Produktionsanlagen und Produkte werden kontinuierlich verschärft. Beispielhaft zu nennen ist die Technische Anleitung Luft, die die Emissionen von Industriebetrieben nach dem Stand der Technik begrenzt. Sie wird nach ihrer Novellierung an zahlreichen Stellen über das europäische Anforderungsniveau hinausgehen und so neue Herausforderungen für die Betriebe mit sich bringen. Andere Vorschriften des Immissions-schutzes, des Natur- und Gewässerschutzes, des Chemikalien- oder des Abfallrechts erfordern eine fortlaufende Anpassung des Umweltmanagements. Mit dem Klimaschutzplan 2050 stehen weitere, national begründete Anpassungspflichten

³ Siehe KfW-Research (2016): „Innovationen im Mittelstand: Alternde Belegschaften gehen einher mit weniger Innovationen im Unternehmen“, Frankfurt.

vor der Tür. Die für den Klimaschutzplan vorgesehene Folgenabschätzung sollte deshalb mit größter Sorgfalt vorgenommen werden.

Skepsis gegenüber Großprojekten bleibt Herausforderung

Infrastrukturelle und industrielle Großprojekte sind eine Basis für zukünftigen Wohlstand und Arbeitsplätze hierzulande. Sie sichern Standorte und stoßen weitere Investitionen von Unternehmen an. Die Verfahren für industrielle Großprojekte, aber auch bedeutsame Infrastrukturvorhaben, beispielsweise zur digitalen oder verkehrlichen Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten, sind häufig langwierig, bis tatsächlich eine Entscheidung für die Umsetzung erfolgt. Dies liegt auch an der Skepsis der Bürger, die aus Sicht der Betriebe ein unverändert großes Problem darstellt (Note 4,0, keine Veränderung zur Vorumfrage). Mehr Offenheit bei der Planung sowie eine bessere Informationspolitik und Einbindung der Bevölkerung können die Akzeptanz von Großprojekten erhöhen und Realisierungszeiträume beschleunigen. Auch die Industrie- und Handelskammern engagieren sich auf regionaler Ebene immer stärker, um bei Großprojekten, industriellen Entwicklungen und Infrastrukturmaßnahmen Transparenz herzustellen und den öffentlichen Diskurs zu unterstützen.

Flankierung im globalen Wettbewerb

Der Standortfaktor „Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb“ erhält von den Betrieben, wie zur Vorumfrage, eine 3,2. Gerade in der Normung bzw. Standardisierung, dem Freihandel sowie der Verfolgung von illegalen Wirtschaftspraktiken von Wettbewerbern kann Politik wichtige Beiträge leisten. Viele Unternehmen wünschen sich hier eine starke Positionierung seitens der Bundesregierung.

Leider Rückschritte bei Behördeneffizienz und Genehmigungsverfahren

Die Effizienz der Behörden kann mit der Gesamtverbesserung der Standortfaktoren nicht Schritt halten und verschlechtert sich aus Unternehmenssicht sogar. Die Note liegt nun bei einer glatten 4,0 (2014: 3,8). Zwischenzeitliche kleine Erfolge, die bereits beim Abbau der Bürokratiebelastungen durch Informationspflichten, z. B. bei der Lohnabrechnung oder der elektronischen Kommunikation erzielt werden konnten, können das Gesamtbild nicht verbessern. Große Gruppen von Unternehmen erleben einen deutlichen Anstieg der Regulierungskosten; große Unternehmen bei Sorgfalts- und Berichtspflichten zu sozialen Themen und Ökologie, exportorientierte Unternehmen bei aufwändigen Meldepflichten und Statistiken. Nach wie vor verursacht der gesetzliche Mindestlohn bürokratischen Aufwand und Unsicherheiten vor allem bei mittelständischen Unternehmen durch Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten sowie Bescheinigungen im Rahmen der Auftraggeberhaftung. Auch machen lange Bearbeitungszeiträume, Formalitäten, z. B. bei Ausfuhrdokumenten und Zollanmeldungen, sowie lange Plan- und Genehmigungsverfahren den Unternehmen wieder mehr zu schaffen (Note 4,2 nach 3,9 im Jahr 2014). Eine verstärkte Nutzung von elektronischen Kommunikationswegen (E-Government) würde Kosten bei Unternehmen und Verwaltung sparen. Laut Nationalem Normenkontrollrat lassen sich 34 Prozent des Bürokratieaufwandes bei Nutzern und Verwaltung durch E-Government bei Veraltungskontakten einsparen. Doch Potenziale dieser Anwendungen bleiben nach wie vor nahezu ungenutzt: E-Rechnung, elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach, De-Mail oder der neue Personalausweis sind Lösungen, die in der Praxis bisher kaum bei den Unternehmen angekommen sind. Das liegt zum einen an fehlenden Standards in den IT-Infrastrukturen, fehlendem Marketing und fehlender Kommunikation sowie Koordination zwischen föderalen Ebenen – zum anderen an der nur gering ausgeprägten

Anwenderfreundlichkeit. Uneinheitliche Insel-Lösungen, wie sie heute vielfach vorhanden sind, verursachen Kosten bei Verwaltung und Unternehmen. Beim E-Government müssen alle föderalen Ebenen ungenutzte Potenziale heben – das Ziel, die 100 meistgenutzten Verwaltungsdienstleistungen flächendeckend online anzubieten, muss endlich konsequent umgesetzt werden.

Arbeitsrechts oftmals nicht ausreichend flexibel

Einigen Nachholbedarf attestieren die Industrieunternehmen in der Ausgestaltung des Arbeitsrechts. Mit der Note 3,7 verbessert sich die Einschätzung nicht im Vergleich zum Jahr 2014.

Steuerrecht bleibt größtes Hemmnis

Als schlechtesten der Standortfaktoren rangiert bei den Betrieben unverändert die Komplexität des Steuerrechts (Note: 4,5). Für die Unternehmen ist es zunehmend schwieriger geworden, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Der Gesamtheit der steuerrechtlichen Unternehmen werden erhöhte steuerrechtliche Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen aufgebürdet. Ein Beispiel ist die kürzlich eingeführte Lizenzschranke, die die steuerliche Abzugsfähigkeit von Lizenzzahlungen einschränkt. Bei ihrer Anwendung müssen die Unternehmen mit vielen neuen unbestimmten Rechtsbegriffen umgehen, was das Risiko von Steuernachzahlungen bei späteren Betriebsprüfungen und damit die Rechtsunsicherheit enorm erhöht. Von Praxistauglichkeit kann kaum mehr die Rede sein – mehr als jeder zweite Betrieb gibt noch ein „mangelhaft“ oder „ungenügend“. Die Einschätzung des Standortfaktors „Höhe der Steuern und Abgaben“ ist mit unverändert 4,1 vergleichbar. Aktuell belasten die Erhöhungen der Gewerbesteuer, aber auch der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer zunehmend die Unternehmen und verschlechtern die regionalen Standortbedingungen. Dieser Trend wird leider auch durch die jährlichen Hebesatzumfragen des DIHK bestätigt. Letztlich geraten dadurch ganze Regionen im Standortwettbewerb ins Hintertreffen. Die Unternehmen sind zudem verunsichert durch die anhaltenden Diskussionen um eine Wiederbelebung der Vermögensteuer sowie zur Verschärfung des gerade erst gefundenen Kompromisses zur Erbschaftsteuer.

Image der Industrie: Nicht schlecht... aber auch nicht gut!

Erstmals geben die Unternehmen eine Einschätzung des Standortfaktors „Image der Industrie“ ab. Mit einer 2,9 wird dieses als befriedigend wahrgenommen. Dabei geben alle Branchen ein ähnliches Votum ab (nur die Chemische und Pharmaindustrie bewerten mit 3,2 deutlich schlechter). Negativer wird von den Betrieben die Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien eingeschätzt; hier liegt die Note bei 3,3.

Rechtssicherheit und sozialer Frieden bleiben Standortstärken

Die Industrieunternehmen sehen im sozialen Frieden weiterhin eine Stärke des Standorts Deutschland. Im Schnitt bewerten vergeben sie eine 2,6 – 0,2 Punkte weniger als zur Vorumfrage. Die in den vergangenen Jahren höhere Streikhäufigkeit verschlechtern das insgesamt positive Bild der zumeist konstruktiven Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern etwas. Auch schätzen die Unternehmen die Rechtssicherheit konstant relativ gut ein (2,8, Vorumfrage ebenfalls 2,8).

III. Weniger Investitionshemmnisse

Noch knapp die Hälfte der Unternehmen sehen strukturelle Investitionshemmnisse

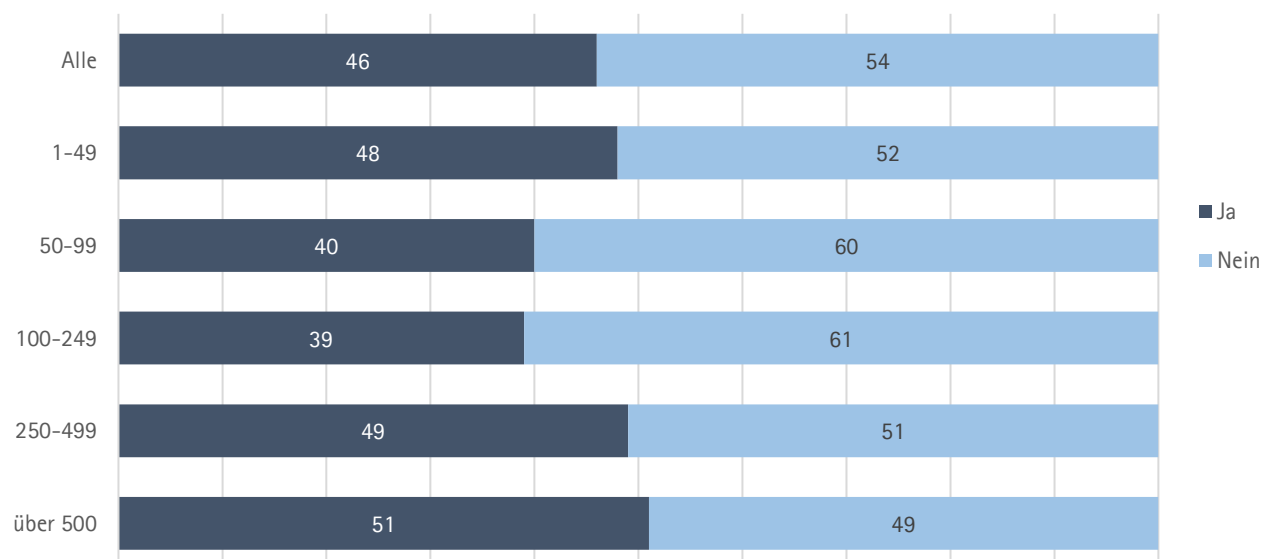
Weniger als die Hälfte der Betriebe sehen strukturelle Hemmnisse am Standort Deutschland, die ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen (46 Prozent). Das bedeutet zwar eine erhebliche Verbesserung zur Umfrage 2014 – hier waren es noch 56 Prozent – für eine Entwarnung ist es jedoch deutlich zu früh. Bemerkenswert ist zudem, dass Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten – also jene, die die größeren Projekte stemmen – deutlich häufiger von strukturellen Hemmnissen berichten (51 Prozent) als die kleineren Betriebe.

Branchen wie die Elektrotechnik oder auch das Ernährungsgewerbe sehen dabei mit 41 bzw. 35 Prozent deutlich seltener strukturelle Hemmnisse am Standort. Dagegen berichten z. B. die Chemische (inklusive Pharma) Industrie (51 Prozent; Vorumfrage 62 Prozent) oder das Papier- und Druckgewerbe (56 Prozent) weit häufiger von Hemmnissen. Auch die investitionsstarke Branche der Energieversorger sieht, besonders im Zuge der Energiewende, überdurchschnittlich oft Hemmnisse am Standort (54 Prozent).

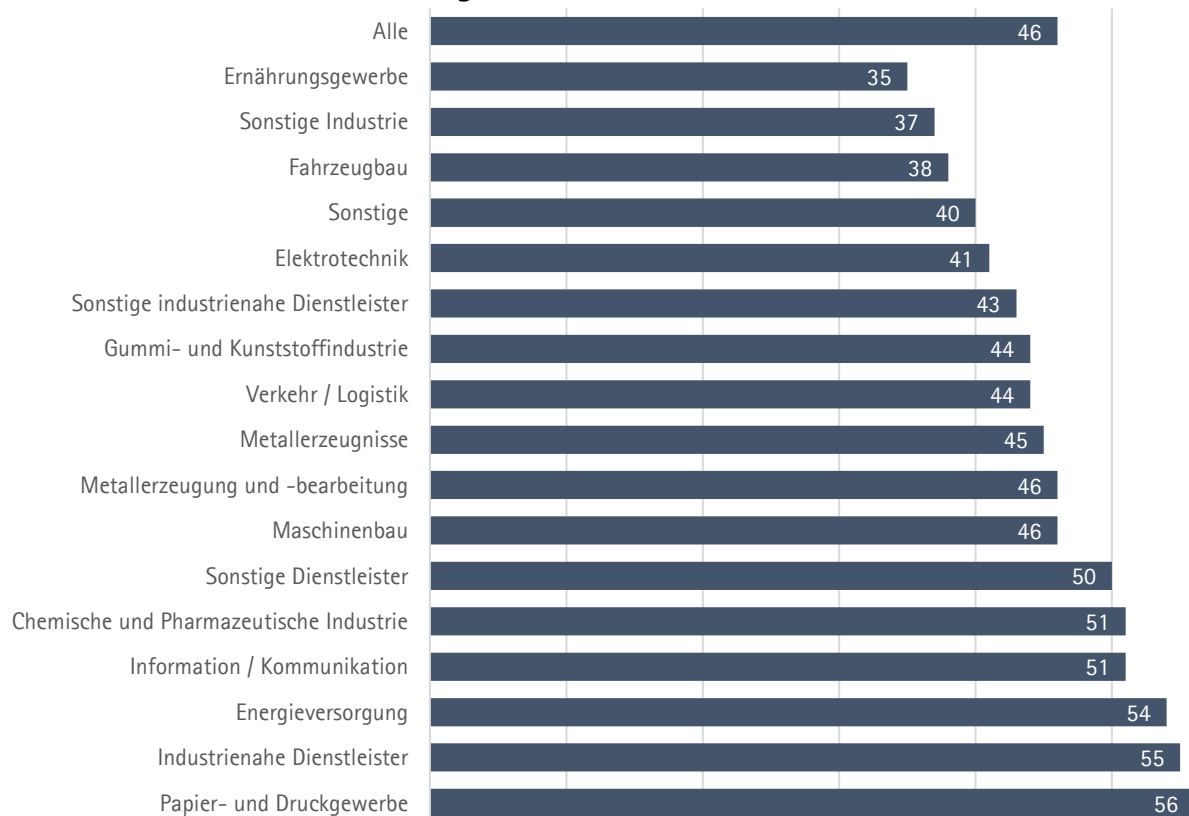
Aufschluss über die wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte gibt die Frage, welche Standortfaktoren verbessert werden müssten, um zusätzliche Investitionen hierzulande auszulösen – hier stehen die Themen Steuern, Bürokratie, Fachkräfte und Breitband ganz oben.

In Deutschland wird derzeit die These vertreten, dass die Unternehmen (abgesehen von konjunkturellen Schwankungen) zu wenig investieren. Sehen Sie Hemmnisse am Standort Deutschland, die Ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen?

in Prozent; nach Unternehmensgröße



Anteil der Unternehmen die Hemmnisse am Standort Deutschland sehen, die ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen in Prozent



Verbesserungen beim Thema Steuern

Spitzenreiter bei strukturellen Investitionshemmnissen bleiben steuerliche Aspekte – erfreulicherweise mit rückläufiger Tendenz. So würden 34 Prozent der Unternehmen bei einer Verbesserung des Standortfaktors „Höhe der Steuern und Abgaben“ mehr im Inland investieren – Vorumfrage 45 Prozent. Diese Einschätzung zeigt sich relativ ähnlich in allen Unternehmensgrößenklassen. Auch eine Verbesserung der Praxistauglichkeit im deutschen Steuerrecht würde zu deutlich mehr Investitionen im Inland führen – immerhin noch 29 Prozent der Betriebe geben dies an (38 Prozent in der Vorumfrage). Hier sehen sich kleinere Betriebe deutlich stärker betroffen. In der Größenklasse bis 50 Mitarbeiter würden bei einer weniger komplexen Ausgestaltung von Steuern und Abgaben sogar 35 Prozent mehr Kapital am Standort investieren. Allein die Wiedereinführung der degressiven AfA würde bei immerhin 20 Prozent der Betriebe zu einer stärkeren Investitionstätigkeit führen (Vorumfrage 35 Prozent). Die degressive AfA – anfangs mehr, am Ende weniger Abschreibungsvolumen – entspricht am ehesten dem tatsächlichen wirtschaftlichen Wertverzehr von Investitionen. Der im Vergleich zur Umfrage 2014 deutlich niedrigere Wert spiegelt zum einen die gute konjunkturelle Lage der meisten Betriebe wider, zum anderen hat die Bundesregierung durch die Anhebung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter verbesserte Regelungen zur Verlustverrechnung für viele Betriebe Erleichterungen geschaffen.

Bürokratie bleibt Investitionsbremse ersten Ranges

Mit effizienteren Behörden würden gut 27 Prozent der Betriebe zusätzliche Investitionen angehen (Vorumfrage 29) – damit gibt es hier kaum Fortschritte aus Unternehmenssicht. Der große Spielraum für weitere Erleichterungen, der sich durch die Digitalisierung auftut, wird derzeit nicht ausreichend genutzt. Bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren würden im Falle einer Verbesserung sogar 29 Prozent höhere Investitionsbudgets einsetzen (Vorumfrage: 33 Prozent). Planverfahren für Infrastrukturprojekte, aber auch vermeintlich einfache Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben von Unternehmen sind wegen ihrer oft zu langen Verfahrensdauer und der Unklarheit, an welchem Verfahrensschritt sich die Planung gerade befindet, vielfach nicht nachvollziehbar. Dadurch geraten sie häufig ins Stocken. Zudem gibt es nur unzureichende Informationen über Verfahrensschritte und Erreichbarkeiten. Die Standortfaktoren „Effizienz der Behörden“ sowie „Planungs- und Genehmigungsverfahren“ haben folglich eine hohe Relevanz für den Investitionsstandort.

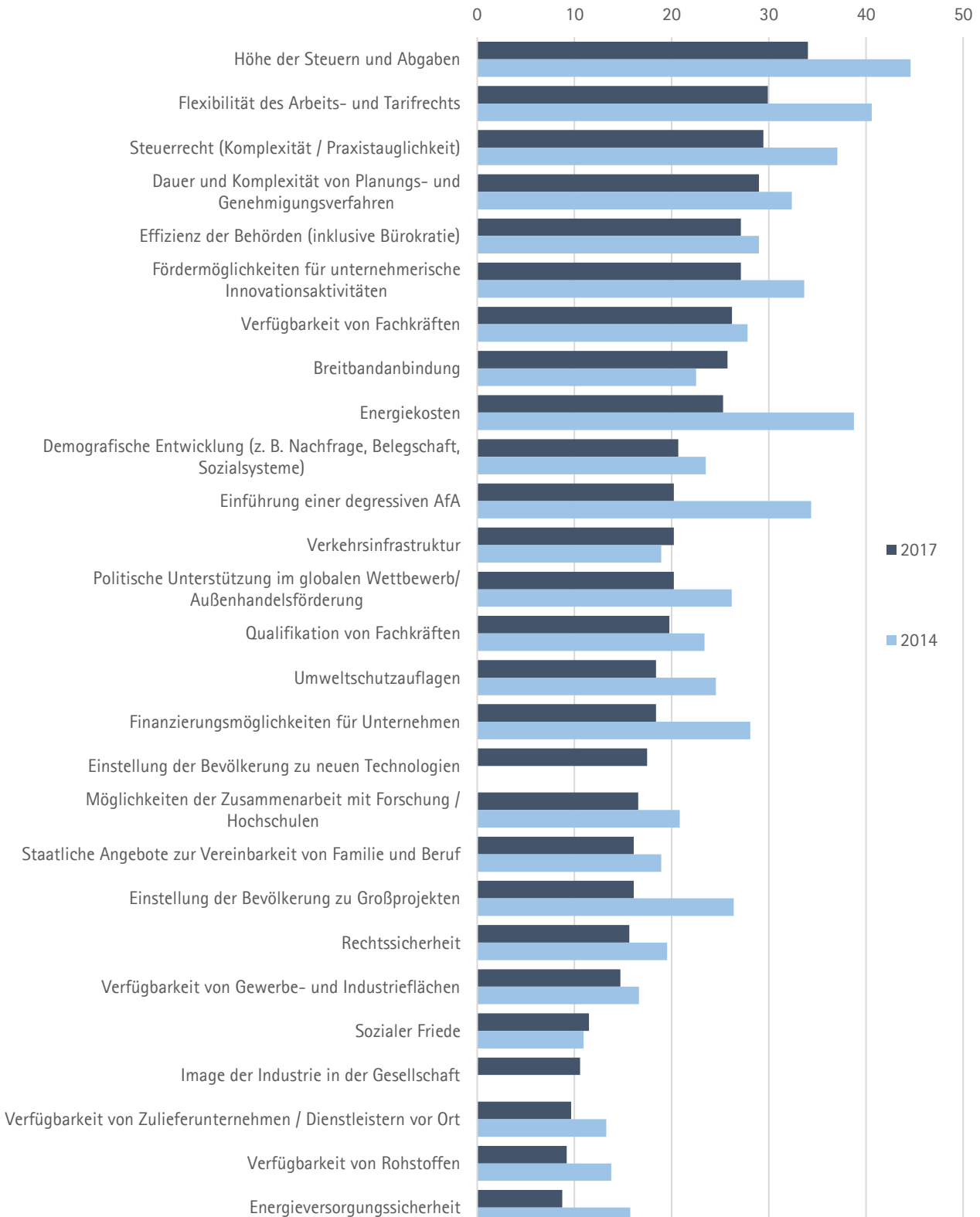
Fehlende Flexibilität im Arbeitsrecht hemmt hiesiges Engagement

Ein flexibles Arbeitsrecht wäre wie in der Vorumfrage aus Sicht der Unternehmen ein zentraler Treiber für Investitionen am Standort. 30 Prozent der Industriebetriebe würden ihren Kapitaleinsatz hierzulande erhöhen, wenn ein stärkeres Maß an Flexibilität im Arbeits- und Tarifrecht Einzug findet (Vorumfrage 41 Prozent). Besonders Betriebe aus dem größeren Mittelstand mit 250 bis 500 Mitarbeiter sehen hier aktuell eine Investitionsbremse (37 Prozent).

Stromkosten belasten Investitionsbudgets

Die Energiekosten bleiben aus Unternehmenssicht vielfach ein Standortnachteil und schlagen auf die Investitionsbereitschaft durch: Gut ein Viertel der Betriebe würde bei einer Verbesserung bei diesem Standortfaktor seine Investitionsbudgets ausweiten (Vorumfrage 40 Prozent). Überdurchschnittlich hoch liegt der Anteil naturgemäß in energieintensiven Sparten wie Chemie/Pharma (37 Prozent), Gummi/Kunststoff (36 Prozent) oder der Metallerzeugung (32 Prozent). Insgesamt dürfte die deutliche Verbesserung zur Vorumfrage zum größten Teil den niedrigeren Weltmarktpreisen für Öl und Gas geschuldet sein – immerhin lag der Ölpreis im ersten Halbjahr 2014 noch bei über 100 US-Dollar, mehr als doppelt so hoch wie heute. Mit Blick auf den Strompreis hierzulande gibt es allerdings keine Entwarnung. Die staatlich verursachten Belastungen des Strompreises durch Steuern und Abgaben (EEG-Umlage, KWK-Umlage, Stromsteuer, Offshore-Haftungsumlage etc.) sind seit 1998 von zwei auf 35 Milliarden Euro im Jahr gestiegen. Hinzu kommen die steigenden Netznutzungsentgelte, die bis 2025 absehbar zu Zusatzbelastungen der Industrie um Mehrbelastung in Milliardenhöhe führen werden. Dieses Geld fehlt den Betrieben für Zukunftsinvestitionen. Angesichts der fehlenden Planungssicherheit über den Fortgang der Energiewendefinanzierung weisen gerade energieintensive Branchen hierzulande in den letzten Jahren eine schwache Investitionsentwicklung auf. Ihre Existenz hängt oftmals nicht mehr von unternehmerischem Handeln, sondern von politischen Ausnahmeregelungen ab. Rund 36 Prozent der Gummi- und Kunststoffindustrie und 37 Prozent der chemischen Industrie geben an, mehr zu investieren, falls sich dieser Standortfaktor verbessert. Bedenken hinsichtlich der Energieversorgungssicherheit hindern Unternehmen hingegen kaum am investieren – nur neun Prozent (Vorumfrage 16 Prozent) sehen hier ein Hemmnis. Gleiches gilt für die Verfügbarkeit von Rohstoffen (ebenfalls neun Prozent).

Verbesserungen bei folgenden Standortfaktoren würden zu mehr Investitionen im Inland führen (Anteil der Antworten "Mehr Investitionen", Mehrfachnennungen möglich)



- Innovationsförderung schiebt Investitionen an** Wie zur Vorumfrage zeigt sich, dass eine relativ gute Bewertung für einen Standortfaktor trotzdem einen großen Spielraum für höhere Investitionen bietet. Eine Verbesserung beim Standortfaktor „Fördermöglichkeiten für unternehmerische Innovationsaktivitäten“ würde bei rund 27 Prozent der Unternehmen mehr Investitionen nach sich ziehen, auch wenn die Bewertung für diesen Standortfaktor bereits relativ gut ausfällt (Note 2,9). Innovationsaktivitäten haben zumeist unmittelbaren Investitionscharakter und führen nicht selten zu Anschlussprojekten. Besonders große Hebel liegen in der IKT-Branche (40 Prozent der Betriebe würden mehr investieren). Bei den kleineren Mittelständlern (bis 100 Mitarbeiter sind es sogar 31 Prozent, bei Betrieben ab 500 Mitarbeitern sind es 28 Prozent. Mit Blick auf die internationalen Entwicklungen in der Innovationspolitik und einer zurückgehenden KMU-Quote im Forschungsbereich könnte die seit langem diskutierte steuerliche Forschungsförderung daher einen erheblichen Hebel für mehr Investitionen bewegen.
- Industrie 4.0 braucht Breitband** Einer der ganz wenigen Standortfaktoren, die aus Sicht der Betriebe ein größeres Investitionshemmnis als in der Umfrage 2014 sind, ist die Anbindung an breitbandiges Internet. 26 Prozent der Unternehmen würden bei einer verbesserten IT-Infrastruktur mehr investieren, in der Vorumfrage waren es nur 23 Prozent. Unter Berücksichtigung der deutlich verschlechterten Standortnote für die „Breitbandanbindung“ wird damit zweierlei deutlich: Im Vergleich zum Jahr 2014 hat das Thema für die Industriebetriebe – Stichwort Industrie 4.0 – enorm an Relevanz gewonnen und zweitens: Bei Investitionen in Breitbandnetze besteht hierzulande mittlerweile ein enormer Rückstand. Der Investitionsstau mit seinen Folgen für die Infrastruktur schwächt die Qualität des Standorts Deutschland gerade für die Industrie. Vor diesem Hintergrund sind die bestehenden Kupfernetze trotz aller technologischen Aufrüstungen ein Auslaufmodell. Dies scheint mittlerweile auch politischer Konsens zu sein. Den künftigen Anforderungen werden auf absehbare Zeit nur Glasfaseranschlüsse genügen.
- Bessere Verkehrsinfrastruktur = mehr Investitionen** Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur würde 20 Prozent (Vorumfrage 19 Prozent) der Unternehmen zu mehr Investitionen veranlassen. Es schlägt sich somit immer deutlicher in den Investitionsentscheidungen nieder, dass die Verkehrsinfrastruktur in den letzten Jahrzehnten nur unzureichend unter dem Aspekt einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes ausgebaut wurde. In der Konsequenz hat sich der Zustand des Netzes schrittweise verschlechtert und die Zahl der Engpässe weiter zugenommen. Die erhöhten Haushaltsansätze der öffentlichen Hand in den letzten Jahren kommen auch aufgrund von begrenzten Planungskapazitäten nur zögernd voran.
- Investitionen brauchen immer noch Fachkräfte** Die Verfügbarkeit von Fachkräften bremst die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen weiterhin spürbar. Gelänge es hier Verbesserungen zu erreichen, würden 26 Prozent der Unternehmen ihre Investitionen ausweiten (Vorumfrage: 28 Prozent). Bei aller Notwendigkeit hoher Studentenzahlen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist der Industriestandort Deutschland auf Facharbeiter angewiesen. Gerade im Bereich beruflich Qualifizierter haben viele Unternehmen besondere Schwierigkeiten, Personal zu gewinnen. So beziffert das IW Köln in die Arbeitskräftelücke im Bereich MINT-Facharbeiterberufen im Juni 2017 auf 118.400 Personen, doppelt so viele wie im Juni 2015 – damals lag diese

noch bei 61.200⁴. Bleiben Azubis und adäquat einsetzbare Hochschulabsolventen aus, werden auch Investitionen zurückgestellt. Unternehmen suchen oftmals händelnd nach Auszubildenden. Nach einer aktuellen DIHK-Umfrage blieben in fast jedem dritten Betrieb⁵ Ausbildungsplätze unbesetzt. Damit wird es für die Unternehmen eine immer größere Herausforderung, ihre Fachkräfte über die Ausbildung von eigenem Nachwuchs zu sichern. In diesen Zusammenhang fällt auch die Herausforderung des demografischen Wandels – gut jeder fünfte Betrieb würde am Standort mehr investieren, wenn hier Verbesserungen erreicht würden.

Auch die Verbesserung der „Qualität der Fachkräfte“ würde Unternehmen zu mehr Investitionen veranlassen – 20 Prozent geben dies an. Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der daraus entstehenden zusätzlichen Anforderungen an die Mitarbeiter bleibt dies ein wichtiges Handlungsfeld für Politik und auch die Wirtschaft selbst.

Offenheit der Bevölkerung und besseres Image sind wichtige Faktoren

Die Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten, z. B. mit Blick auf den Ausbau von Verkehrswegen, Kraftwerken oder Hochspannungsleitungen wird von den Betrieben als weniger investitionshehmend wahrgenommen als noch vor drei Jahren. So würden Akzeptanz-Verbesserungen noch rund 16 Prozent der Unternehmen motivieren, am heimischen Standort mehr zu investieren (Vorumfrage 26 Prozent). Ein ähnlicher Wert ergibt sich bei der Frage der Einstellung der Bevölkerung gegenüber neuen Technologien (17 Prozent). Die einfachere Bereitstellung von Gewerbeflächen könnte bei immerhin 15 Prozent (Vorumfrage 17 Prozent) der Betriebe deutliche Investitionsimpulse auslösen – hier gibt es entgegen dem allgemeinen Trend kaum Verbesserungen. Auch ein besseres Image der Industrie hierzu würde zu spürbar mehr Investitionen führen (immerhin elf Prozent der Betriebe geben dies an).

⁴ Siehe hierzu IW Köln: IW-Nachricht – 18. Juli 2017, <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/oliver-koppel-mint-fachkraefte-verzweifelt-gesucht-350061>

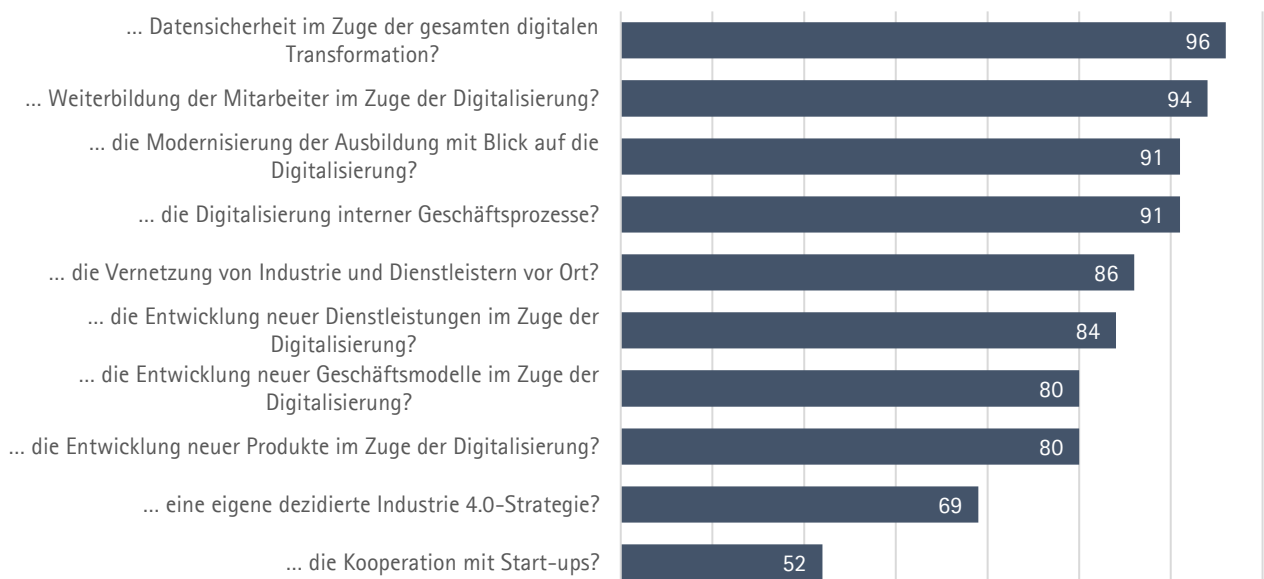
⁵ Siehe DIHK (2017): „Ausbildung 2017 – Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung“, Berlin.

IV. Hohes Commitment bei der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist in vollem Gange, die Komplexität der Themen, der Prozesse und die Vernetzung in und zwischen Unternehmen nehmen zu. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe setzt sich intensiv mit diesen Entwicklungen auseinander.

In einer Wirtschaft 4.0 wird die Sicherheit der unternehmenseigenen IT-Infrastruktur zum beherrschenden Faktor. Die meisten Betriebe sind sich dessen bewusst – so nennen 96 Prozent der Unternehmen die Datensicherheit als wichtig oder sehr wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens. Dies deckt sich mit früheren Umfragen und Erhebungen⁶. Die Risiken durch die Computerisierung der Maschinen sind vielfältig; das Ausspähen von Maschinen-Konfigurationsdaten (für den Konkurrenten interessant), die Manipulation von Steuerungsinformationen (zur bewussten Fehlsteuerung, also Sabotage) oder auch nur eine Einflussnahme auf die Qualitätssicherung (etwa indem Prüfroutinen übergangen oder manipuliert werden) sind schon heute durch die Programmierbarkeit der Komponenten möglich – die Kenntnis über Befehlssätze, Schnittstellen und Zugangspunkte reicht für Spionage und Sabotage schon aus⁷.

Thema Vernetzte Produktion und Digitalisierung:
Wie wichtig erachten Sie für die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens ...
 in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, Summe der Antworten "sehr wichtig" + "wichtig"



⁶ Siehe hierzu DIHK (2016): "Wirtschaft digital: Perspektiven erkannt, erste Schritte getan. Das IHK-Unternehmensbarometer zur Digitalisierung", Berlin.

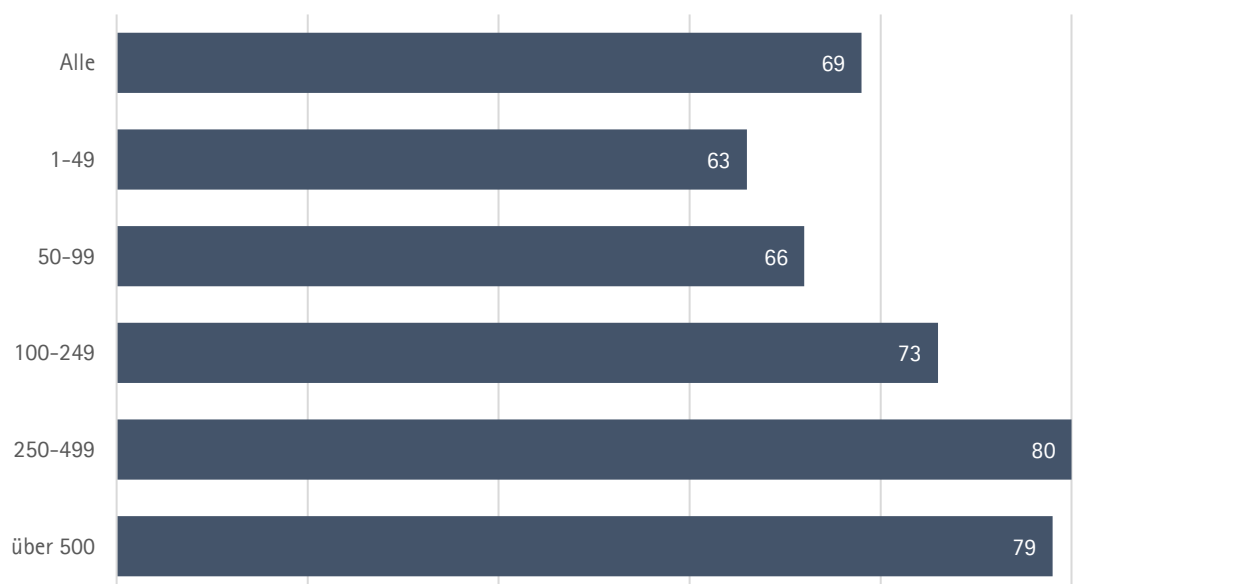
⁷ Siehe hierzu auch DIHK (2016): „Industrie 4.0 – aber sicher“, Berlin.

Aus- und Weiterbildung haben oberste Priorität	Mit der Durchdringung aller Branchen durch digitale Systeme müssen auch die Mitarbeiter fit gemacht werden für die Entwicklung, den Umgang und die Wartung der Technologien und Anwendungen. 94 Prozent der Unternehmen sehen die Notwendigkeit von mehr Weiterbildung, 91 Prozent messen der Modernisierung der Ausbildung eine hohe Dringlichkeit zu. Dies gilt über alle Branchen und Größenklassen hinweg. Für viele Betriebe sind IT-Kenntnisse der Jugendlichen ein wichtiges Einstellungskriterium. Unternehmen leisten hier durch Schulungen und betriebsinterne Weiterbildung bereits ihren Anteil, dürfen aber in diesen Bemühungen nicht alleine gelassen werden. In der schulischen MINT-Bildung sollten z. B. die Fächer Informatik und Technik in vergleichbarer Weise wie die Naturwissenschaften gestärkt werden.
Neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen sind großes Thema	Die Digitalisierung eröffnet für die weit überwiegende Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland zusätzliche Möglichkeiten bzw. Herausforderungen. So planen jeweils über 80 Prozent die Entwicklung neuer Dienstleistungen, Produkte oder Geschäftsmodelle. Dies ist mit Blick auf die noch kolportierten Nachholbedarfe der deutschen Industrie ein sehr ermutigendes Ergebnis.
Immer mehr Betriebe mit eigener Industrie 4.0-Strategie	Knapp sieben von zehn Industrieunternehmen halten eine eigene dezidierte Industrie 4.0 Strategie für wichtig (47 Prozent) oder sehr wichtig (22 Prozent). In der Umfrage 2014 hielten nur knapp sechs von zehn Betrieben das „Thema“ für wichtig. Es zeigt sich, dass die vielfältigen Maßnahmen von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, auch im Bereich der konzertierten Zusammenarbeit – Stichwort Plattform Industrie 4.0 – fruchten und die Unternehmen sich strategisch wie operativ mit Industrie 4.0 auseinandersetzen. Freilich gibt es gerade bei den kleineren Betrieben noch Potenziale und Herausforderungen, die verstärkte Anstrengungen sinnvoll erscheinen lassen.
Regionale Verankerung bleibt wichtig	Die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort wird von den Industriebetrieben als Standortfaktor mit am positivsten bewertet (Standortnote 2,5). Darüber hinaus messen die Unternehmen der Vernetzung von Industrie und Dienstleistern vor Ort ebenfalls sehr große Bedeutung bei: 86 Prozent (Vorumfrage 91 Prozent) halten sie für wichtig (davon 32 Prozent „sehr wichtig“). Bemerkenswert ist, dass diese Einschätzung von den größeren Betrieben (ab 500 Mitarbeitern) sogar noch etwas stärker betont wird (91 Prozent). Sie arbeiten oft mit Zulieferern zusammen, die sich in Unternehmensnähe angesiedelt haben. Zu diesem Netzwerk gehören auch Energieversorger sowie IT- und Forschungsdienstleister. Die Unternehmensantworten belegen die Wichtigkeit von geschlossenen Wertschöpfungsnetzwerken für den Standort Deutschland. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe der Politik, bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen die Bedeutung dieser Netzwerke mitzudenken. Beispielsweise hat eine Schwächung der energieintensiven Industriegesegmente weitreichende Konsequenzen auf diese integrierten Wertschöpfungsketten. Auch durch die Digitalisierung könnten weitreichende Veränderungen in diesen Netzwerken eintreten.

Immerhin rund die Hälfte betont die Kooperation mit Start-Ups

Rund 52 Prozent der Industriebetriebe erachten die Kooperation mit Start-ups als wichtig, um die Themen Industrie 4.0 und vernetzte Produktion aktiver zu gestalten. Da diese Frage erstmalig gestellt wurde, fehlen noch zeitliche Vergleichswerte. Innerhalb der Branchen ergibt sich allerdings ein weit differenziertes Bild. Während im IKT-Bereich 72 Prozent der Betriebe angeben die Kooperation mit Start-ups sei für sie „sehr wichtig“ (26 Prozent) oder „wichtig“ (46 Prozent), sind es im Maschinenbau „nur“ 45 Prozent (davon vier Prozent „sehr wichtig“).

Thema Vernetzte Produktion und Digitalisierung:
Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich der eigenen Industrie 4.0-Strategie
in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, Summe der Antworten "sehr wichtig" + "wichtig"



Fragebogen

1a. Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland? (Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

1	2	3	4	5	6

1b. Wie bewerten Sie die Wirtschaftspolitik Ihrer *Landesregierung* mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Ihrem Bundesland? (Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

1	2	3	4	5	6

2a. Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)?

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Fachkräften						
Qualifikation von Fachkräften						
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts						
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						
Verfügbarkeit von Rohstoffen						
Umweltschutzauflagen						
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)						
Verkehrsinfrastruktur						
Breitbandanbindung						
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Image der Industrie in der Gesellschaft						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten						
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						
Demografische Entwicklung (z. B. Nachfrage, Belegschaft, Sozialsysteme)						

	1	2	3	4	5	6
Sozialer Friede						

2b. In Deutschland wird derzeit die These vertreten, dass die Unternehmen (abgesehen von konjunkturellen Schwankungen) zu wenig investieren. Sehen Sie Hemmnisse am Standort Deutschland, die Ihre Investitionsvorhaben beeinträchtigen? (Falls ja, weiter mit Frage 2c, bei nein, weiter mit Frage 3)

Ja	Nein
----	------

2c. Würde eine Verbesserung bei folgenden Standortfaktoren in Ihrem Unternehmen zu mehr Investitionen im Inland führen?

	mehr Investition- nen	keine Verände- rung	nicht relevant
Verfügbarkeit von Fachkräften			
Qualifikation von Fachkräften			
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts			
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)			
Höhe der Steuern und Abgaben			
Einführung einer degressiven AfA			
Energiekosten			
Energieversorgungssicherheit			
Umweltschutzauflagen			
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)			
Verkehrsinfrastruktur			
Breitbandanbindung			
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen			
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren			
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen			
Fördermöglichkeiten für unternehmerische Innovationsaktivitäten			
Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Forschung / Hochschulen			
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort			
Image der Industrie in der Gesellschaft			
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten			
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien			
Rechtssicherheit			
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb / Außenhandelsförderung			
Demografische Entwicklung (z. B. Nachfrage, Belegschaft, Sozialsysteme)			
Verfügbarkeit von Rohstoffen			
Sozialer Friede			

3. Thema Vernetzte Produktion und Digitalisierung: Wie wichtig erachten Sie für die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens ...

	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig	nicht relevant
... die Vernetzung von Industrie und Dienstleistern vor Ort?				
... die Kooperation mit Start-ups?				
... die Entwicklung neuer Produkte im Zuge der Digitalisierung?				
... die Entwicklung neuer Dienstleistungen im Zuge der Digitalisierung?				
... die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung?				
... die Digitalisierung interner Geschäftsprozesse?				
... die Modernisierung der Ausbildung mit Blick auf die Digitalisierung?				
... Weiterbildung der Mitarbeiter im Zuge der Digitalisierung?				
... eine eigene dezidierte Industrie 4.0-Strategie?				
...Datensicherheit im Zuge der gesamten digitalen Transformation?				

Angaben zum Unternehmen

Branche	
Chemische und Pharmazeutische Industrie	
Ernährungsgewerbe	
Papier- und Druckgewerbe	
Gummi- und Kunststoffindustrie	
Metallerzeugung und -bearbeitung	
Metallerzeugnisse	
Elektrotechnik	
Maschinenbau	
Fahrzeugbau	
Energieversorgung	
Sonstige Industrie	
Industriennahe Dienstleister	
Information / Kommunikation	
Verkehr / Logistik	
Sonstige industriennahe Dienstleister	
Sonstige Dienstleister	
Sonstige	

Anzahl der Mitarbeiter

1-49	50-99	100-249	250-499	über 500
------	-------	---------	---------	----------

DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie

- Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland. Zur Vernetzung von Industrie und Dienstleistungen – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Berlin 2002.
- Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Berlin 2003.
- Industrie Gründungen im Übergang zur Wissensgesellschaft – Schlaglichter einer Unternehmerbefragung durch die IHK-Organisation, Berlin 2004.
- DIHK-Industriereport 2005/2006 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2005.
- Investitionsstandort Deutschland auf dem Prüfstand – Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung im In- und Ausland, Berlin 2005.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2006.
- DIHK-Industriereport 2006/2007 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2006.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2007.
- DIHK-Industriereport 2007/2008 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2007.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2008.
- „Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschlands“ aus Sicht der Industrieunternehmen, Berlin 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2009.
- DIHK-Industriereport 2009 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2010.
- DIHK-Industriereport 2010/2011 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2010.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2011.
- Industrie: Deutschlands Motor läuft rund – aber nicht von alleine – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, August 2011
- DIHK-Industriereport 2011/2012 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2011.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2012.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2013.
- DIHK-Industriereport 2014 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, März 2014.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2014.
- Industriestandort Deutschland: Risse im Fundament – DIHK-Umfrage im „Netzwerk Industrie“, September 2014
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2015.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2016.
- Industriekonjunktur 2016/2017: Flaches Wachstum in herausforderndem Umfeld – DIHK-Industriereport 2016
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2017.